

Projekt „Erwerbungen des Linden-Museums 1933 – 1945“

Von April 2016 bis März 2017 untersuchte das Linden-Museum systematisch die eigene Sammlungsgeschichte während der nationalsozialistischen Herrschaft im Deutschen Reich. Im Rahmen eines vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, des Landes Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt Stuttgart geförderten Projektes, wurde ein Jahr lang intensive Provenienzforschung betrieben. Unter Provenienzforschung wird die Recherche und Dokumentation der Herkunftsgeschichte eines Sammlungsobjektes verstanden. Seit der Washingtoner Erklärung aus dem Jahr 1998 wird besonders die sogenannte NS-Raubkunst im Zusammenhang mit dem Thema Provenienzforschung in der Öffentlichkeit diskutiert. Das Linden-Museum möchte sich in dieser Frage seiner Verantwortung als bedeutende staatliche Kulturinstitution stellen.

Ziel des Projektes zur Provenienzforschung für die NS-Zeit war eine erste Bestandsüberprüfung der Erwerbungen, die zwischen 1933 und 1945 in die Sammlungen des Linden-Museums kamen. Es sollte geprüft werden, ob während des NS-Regimes Objekte unrechtmäßig in die Sammlungen des Linden-Museums gekommen waren. In der Mehrzahl der Fälle fanden sich im Zuge der Provenienzforschungen keine Hinweise auf einen NS-verfolgungsbedingten Erwerb. Doch kurz vor Abschluss des Projektes wurde eine Schenkung in den Sammlungen entdeckt, die zweifelsfrei vor einem NS-verfolgungsbedingten Hintergrund und damit unrechtmäßig vom Linden-Museum erworben wurde. Ein Stuttgarter Kaufmann jüdischer Herkunft hatte unter NS-Verfolgungsdruck verschiedene Objekte im Zuge seiner Auswanderungsvorbereitungen an das Linden-Museum gegeben.

Museums- und Sammlungsgeschichte

Der Grundstein für die Sammlungen des Linden-Museums wurde vom 1882 gegründeten Württembergischen Verein für Handelsgeographie und seinem langjährigen Mitglied Karl Graf von Linden (1838 – 1910) gelegt. Unter der Trägerschaft des Vereins wurde 1911 das Linden-Museum gegründet. Zwischen 1933 und 1945 wurden unter dem bis 1945 amtierenden Direktor Heinrich Fischer (1868 – 1953) insgesamt etwa 5000 Objekte von über 300 Personen oder Institutionen für die Sammlungen erworben. Neben Museumsdirektor Fischer war von 1928 bis 1936 der Ethnologe Robert Pfaff-Giesberg (1899 – 1984) zunächst als Assistent, dann als Kustos im Linden-Museum tätig. Pfaff-Giesberg war von Juni 1933 bis August 1939 Mitglied in der NSDAP und von 1934 bis 1935 Mitglied der SA. Offenbar versah Pfaff-Giesberg kein besonderes Amt in der NSDAP. In der Nachkriegszeit wurde er von der zuständigen Spruchkammer als „Mitläufer“ eingestuft. Seine Nachfolge trat im Jahr 1936 Fritz Jäger (1907 –

1984) an, der bis 1969 als Kustos im Amt blieb. Jäger war nach eigenen Angaben aus dem Jahr 1934 Fördermitglied der SS der NSDAP. Weitere Informationen zu möglichen Mitgliedschaften Jägers in nationalsozialistischen Verbänden konnten im Laufe des Projektes nicht ermittelt werden. Vorsitzender des Trägervereins des Linden-Museums war von 1928 bis 1953 Theodor Wanner (1875 – 1955), der die Geschicke des Museums während des NS-Regimes maßgeblich lenkte. Als Gründer des Deutschen Auslands-Instituts (heute Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart) und des Süddeutschen Rundfunks (Vorläufer des SWR) war er eine überregional bekannte Persönlichkeit. Wanner hatte eine distanzierte Haltung zur NS-Politik und wurde nie Mitglied der NSDAP. Nach der Installation der NS-Herrschaft in Württemberg wurde er körperlich angegriffen und verletzt. Auch seine Familie stand fortwährend unter Beobachtung der Politischen Polizei. Dennoch verstand Wanner es, sich im totalitären NS-Regime erfolgreich zu bewegen ohne seine Eigensinnigkeit aufzugeben. Er hatte keinerlei Berührungsängste gegenüber der NS-Elite. Es fanden sich im Laufe des Projektes Hinweise, dass Wanner in seiner Funktion als schwedischer Generalkonsul von Württemberg nachrichtendienstlich für den SD der SS in Schweden aktiv war. Doch als er 1944 verdächtigt wurde, regimekritische Texte nach Schweden zu übermitteln und damit Hoch- und Landesverrat zu betreiben, erlosch Wanners Exequatur als schwedischer Generalkonsul auf persönliche Anordnung Adolf Hitlers (1889 – 1945).

Projektbeschreibung und Ergebnisse

Nach einem Erstcheck wurde anhand von Einganglisten aus der Museumsdatenbank eine Verdachtsliste mit 25 Konvoluten – also Sammlungen – erstellt, deren Provenienzen im Rahmen des Projektes genau untersucht werden sollten. Zunächst wurde davon ausgegangen, dass die verdächtigen Konvolute insgesamt 618 Objekte umfassen. Ziel war es, diese 618 Objekte im Zuge einer systematischen Provenienzforschung zu untersuchen. Bei den Objekten handelte es sich erstens um Erwerbungen, die aus anderen Museen oder Forschungsinstitutionen kamen. Die zweite Objektgruppe umfasste Erwerbungen von Privatpersonen. Weiter gab es Erwerbungen von Behörden und Organisationen des Deutschen Reiches, die aktiv an Verfolgungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt waren.

Nach Sichtung der Inventarbücher stellte sich als erstes Ergebnis der Provenienzforschungen heraus, dass die auf der Verdachtsliste markierten Konvolute tatsächlich mehr Objekte umfassten als ursprünglich angenommen. Als Ergebnis musste festgehalten werden, dass die zu prüfenden Konvolute nicht 618 Objekte beinhalten, sondern laut den historischen Inventarbüchern tatsächlich 1082 Objekte umfassten. Es gelang innerhalb des gesteckten

Zeitraumens diese zusätzlichen 464 Objekte ebenfalls zu untersuchen und die Rechercheergebnisse zu dokumentieren. Die Projektziele konnten damit erfüllt und übertroffen werden.

Während des Projektes „Erwerbungen des Linden-Museums 1933 – 1945“ konnten in der Summe 1082 Objekte einer genaueren Prüfung unterzogen werden, was etwa 20 % der Gesamterwerbungen zwischen 1933 und 1945 entspricht. Dabei wurden die Provenienzen in 370 Fällen vollständig aufgeklärt, während in 712 Fällen weitere umfassende Recherchen für eine vollständige Klärung der Provenienzen für den Zeitraum von 1933 bis 1945 nötig sind. Von den 712 Objekten, deren Provenienzen im Rahmen des Projektes nicht rekonstruiert werden konnten, sind bei 6 Objekten die Erwerbungsstände nach wie vor völlig unklar. Bei den übrigen 706 Objekten gelang es, zumindest die Erwerbungsstände zu erhellen, biografische Informationen über den Einlieferer zu ermitteln oder etwaige Vorbesitzer in der Provenienzkette zu identifizieren. Viele Informationen wurden auch bei den nicht vollständig aufgeklärten Fällen gesammelt und in Einzelberichten zu jedem Konvolut dokumentiert. Wenn sich bei den 712 Objekten, deren Provenienzen im Rahmen des Projekts nicht vollständig geklärt werden konnten, ein NS-verfolgungsbedingter Erwerb auch nicht ausschließen ließ, so konnte jedoch als Fazit der Recherchen folgendes festgehalten werden: In 397 Fällen wurden im Zuge der Recherchen keine Indizien auf einen NS-verfolgungsbedingten Erwerb gefunden. Ein unrechtmäßiger Erwerb durch das Linden-Museum erscheint in diesen Fällen nicht wahrscheinlich, kann jedoch nicht zweifelsfrei durch Quellen belegt werden. In den übrigen 315 Fällen lassen die gefundenen Indizien eine derartige Einschätzung nicht zu, da diese Erwerbungen einerseits aus dem Kunsthandel stammen können und andererseits mit einer Polizeiinstitution in Verbindung stehen. Eine weitergehende Forschung ist notwendig, um die verbliebenen offenen Fragen zu klären. Als weiteres Ergebnis stellte sich heraus, dass zwischen 1933 und 1945 von Seiten des Linden-Museums keine Auktionskäufe stattfanden und gezielt die Gunst der Stunde genutzt wurde, um an Sammlungsobjekte für das eigene Haus zu kommen. Auch fanden sich keinerlei Hinweise auf Erwerbungen von Beutekunst, die im Kontext des Zweiten Weltkrieges aus anderen Ländern geraubt wurde. Dennoch wurde unter den Erwerbungen eine Sammlung identifiziert, die definitiv unter dem Druck der nationalsozialistischen Judenverfolgung ins Linden-Museum kam. Diese Sammlung umfasste beim Eingang ins Linden-Museum im Dezember 1937 insgesamt 33 Objekte, von denen jedoch 14 in den 1950er Jahren deakzessioniert wurden. Im Rahmen der erfolgten Provenienzforschungen konnten außerdem weitere verdächtige Erwerbungen aus dem Zeitraum 1933 bis 1945 ermittelt werden, die beim Erstcheck noch nicht bekannt waren. Zu nennen sind hier in erster Linie mehrere Ankäufe von der Stuttgarter „Mittelstandshilfe“ (auch

„Mittelstandsnothilfe“ genannt). Dabei handelte es sich um eine soziale Einrichtung, die seit den 1920er Jahren Gebrauchsgüter, Möbel, Schmuck aber auch Kunstgegenstände u. ä. ankaufte und gegen eine Provision weiterverkaufte. Im Staatsarchiv Ludwigsburg liegen Archivunterlagen vor, die eindeutig belegen, dass die „Mittelstandshilfe“ während des NS-Regimes mit Objekten aus jüdischen Haushalten handelte. Sogar Rückerstattungsansprüche jüdischer Emigranten an die „Mittelstandshilfe“ aus der Nachkriegszeit sind dort überliefert. Daher erscheinen diese Erwerbungen sehr bedenklich und sollten einer genauer Überprüfung unterzogen werden.

Bei den übrigen 337 Objekten, deren Provenienzen im Rahmen des Projektes aufgeklärt werden konnten, kann hingegen ein NS-verfolgungsbedingter Erwerbshintergrund ausgeschlossen werden. Die Ergebnisse des Projektes werden in Form eines Aufsatzes im Jahrbuch des Linden-Museums „Tribus“ für 2017 publiziert.

Sammlung Grünwald

Im Zuge des Projektes wurde die im Linden-Museum befindliche Sammlung Grünwald als unrechtmäßiger Erwerb vor dem Hintergrund eines NS-Verfolgungsdrucks zweifelsfrei identifiziert. Der Kaufmann Adolf Grünwald (1881-1961) aus Stuttgart musste unter dem Druck der nationalsozialistischen Judenverfolgung mit seiner Familie emigrieren. Während die Familie Ende 1937 ihre Ausreise plante, Dinge für den Umzug packte und die Speditionsfirma Schenker & Co mit einem Transport beauftragte, entschied Grünwald sich, eine Privatsammlung an ethnologischen Objekten, Büchern und Fotos an das Linden-Museum abzugeben. Anfang Februar 1938 wanderte Familie Grünwald über Zürich zunächst nach Wien aus. Mitte März 1938 erfolgte jedoch der „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland, weshalb Familie Grünwald Ende März 1938 zurück nach Zürich flüchtete. Dort blieb die Familie bis Ende August 1938. Am 1. September 1938 reiste Familie Grünwald über Genua/Italien nach Santos/Brasilien. Im Januar 1939 verlor die Familie ihre deutsche Staatsangehörigkeit und wurde ausgebürgert. Damit mussten sie als Staatenlose in Brasilien ihr neues Leben anfangen. Auch Grünwalds Geschwister verließen Deutschland wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Sein Bruder Karl Grünwald (1875 – 1966) war Direktor der Brauerei „Stuttgarter Hofbräu“ und trat 1934 unter dem Druck der Nationalsozialisten von seinem Vorstandsposten zurück. Im Zuge der Novemberpogrome 1938 wurde er in das KZ Welzheim verschleppt, konnte es jedoch nach einer erzwungenen Verpflichtung zur baldigen Ausreise wieder verlassen. Ob ein verwandtschaftliches Verhältnis der Stuttgarter Grünwalds zum gleichnamigen Wiener Kunsthändler Karl Grünwald (1887 – 1964) bestand, ist nicht geklärt.

Da die Schenkung Grünwalds an das Linden-Museum in einer Zwangslage vorgenommen wurde, handelt es sich eindeutig um einen unrechtmäßigen Erwerb von Kulturgut. Die noch in den Sammlungen des Linden-Museums befindlichen Objekte wurden in der Datenbank Lost Art veröffentlicht.